

Ihre Gesprächspartner:

Andreas Stangl
Kai Leichsenring

Präsident der AK Oberösterreich
Direktor des Europäischen
Zentrums für Wohlfahrtspolitik
und Sozialforschung

**Studie belegt: Höheres Arbeitslosengeld bringt
weniger Ungleichheit, höhere Einkommen, bis zu 14.000
neue Jobs und 37.300 Arme weniger!**

Online-Pressekonferenz
Donnerstag, 17. Februar 2022, 11 Uhr

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie fragil der österreichische Arbeitsmarkt ist und wo die Schwächen der Arbeitslosenversicherung liegen. Das viel zu niedrige Arbeitslosengeld (ALG) treibt viele Betroffene und ihre Familien in die Armut. Das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung hat daher im Auftrag der AK Oberösterreich analysiert, welche Auswirkungen eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent Nettoersatzrate hätte. Die wichtigsten Ergebnisse: Sie würde vielen Menschen mehr Einkommen bringen, den Konsum beleben, tausend neue Jobs schaffen und generell Ungleichheit und Armut verringern.

„Die von Arbeitsminister Kocher angedachten Reformen würden das Problem hingegen noch verschärfen. Stattdessen brauchen wir eine Reform, die einen gesamtgesellschaftlichen Fortschritt bringt, Arbeitssuchenden mehr Sicherheit gibt und ihnen Mut macht, sich auf Veränderungsprozesse einzulassen“, sagt AK-Präsident Andreas Stangl

Die Arbeitsmarktlage und die Situation arbeitsloser Menschen

Die Corona-Krise hat die Zahl der Arbeitssuchenden massiv in die Höhe getrieben. Sie stieg von ca. 363.000 im Jahresdurchschnitt 2019 auf rund 467.000 im Jahreschnitt 2020 (Arbeitslose und Schulungsteilnehmer/-innen). Im Jahresdurchschnitt 2021 waren rund 402.000 Menschen auf Arbeitssuche. Zum zentralen Problem ist die Langzeitbeschäftigungslosigkeit geworden. Rund 132.000 Personen, also fast 40 Prozent aller Arbeitslosen waren 2021 davon betroffen.

Arbeitslose Menschen sind einem deutlich höheren Armutsrisiko ausgesetzt. In einer Umfrage des Instituts für Empirische Sozialforschung (IFES) in den Jahren 2020 und 2021 geben acht von zehn Arbeitslosen und neun von zehn Langzeitarbeitslosen an, dass ihr Einkommen nicht, oder nur gerade so ausreicht, um ihre Bedürfnissen zu decken. 2019 waren laut Statistik Austria fast drei Viertel der ganzjährig Arbeitslosen (72 Prozent) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet.

Auch die Erhebung des Österreichischen Arbeitsklima-Index im Auftrag der AK Oberösterreich im vierten Quartal 2021 verdeutlicht, dass rund 70 Prozent aller Arbeitnehmer/-innen eine Nettoersatzrate (NER) beim Arbeitslosengeld von zumindest 70 Prozent für angemessen halten. Von den Befragten, die bereits Erfahrung mit Arbeitslosigkeit haben, wünschen sich das sogar 88 Prozent.

Zentrale Ergebnisse der Studie:

Höhere Einkommen für Arbeitslose, jedoch große Unterschiede

Würde man die Nettoersatzrate beim ALG von 55 auf 70 Prozent erhöhen, hätte dies immens positive Auswirkungen auf die monatlichen Einkommen der arbeitslosen Menschen. Familien, in denen mindestens eine Person Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung bezieht, würden im Schnitt monatlich 85 Euro mehr an Einkommen zur Verfügung haben (Basis 2020). Der Einkommengewinn hängt von mehreren Faktoren ab, wie z.B. der Dauer der Arbeitslosigkeit, der Höhe des Arbeitslosengeldes und der bisherigen Ersatzrate. Am meisten gestärkt würden die Einkommen von Notstandshilfe-Bezieher/-innen. Da Arbeitslosigkeit vor allem in den untersten Einkommensgruppen verhältnismäßig lang dauert, würden diese über einen längeren Zeitraum von der Reform profitieren.

Alleinerzieher/-innen profitierten etwas weniger, weil sie zumeist vor der Arbeitslosigkeit geringe Erwerbseinkommen hatten (z.B. aufgrund von Teilzeitarbeit) und durch den sogenannten Ergänzungsbetrag (bei einem ALG-Grundbetrag unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz) bereits jetzt eine höhere „Nettoersatzrate“ bzw. Begrenzung von bis zu 80 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens erzielen.

Tabelle 1: Durchschnittlicher monatlicher Anstieg des Haushaltseinkommens nach Haushaltstyp* im Covid-Krisenjahr 2020

<i>2020 Krisenjahr</i>		
	mtl. Einkommen vor der Reform in €	mtl. Veränderung in €
<i>Single-Haushalte</i>	1.628	+80
<i>Alleinerziehende</i>	2.275	+46
<i>MPH ohne Kind</i>	4.209	+76
<i>MPH mit Kind</i>	4.686	+75

Quelle: Verteilungswirkung und Kosten einer Anhebung der NER des ALG in Österreich, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Jänner 2022. * Haushalte mit zumindest einer Person, die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung bezieht.

Lage der Notstandshilfe-Bezieher/-innen würde sich verbessern

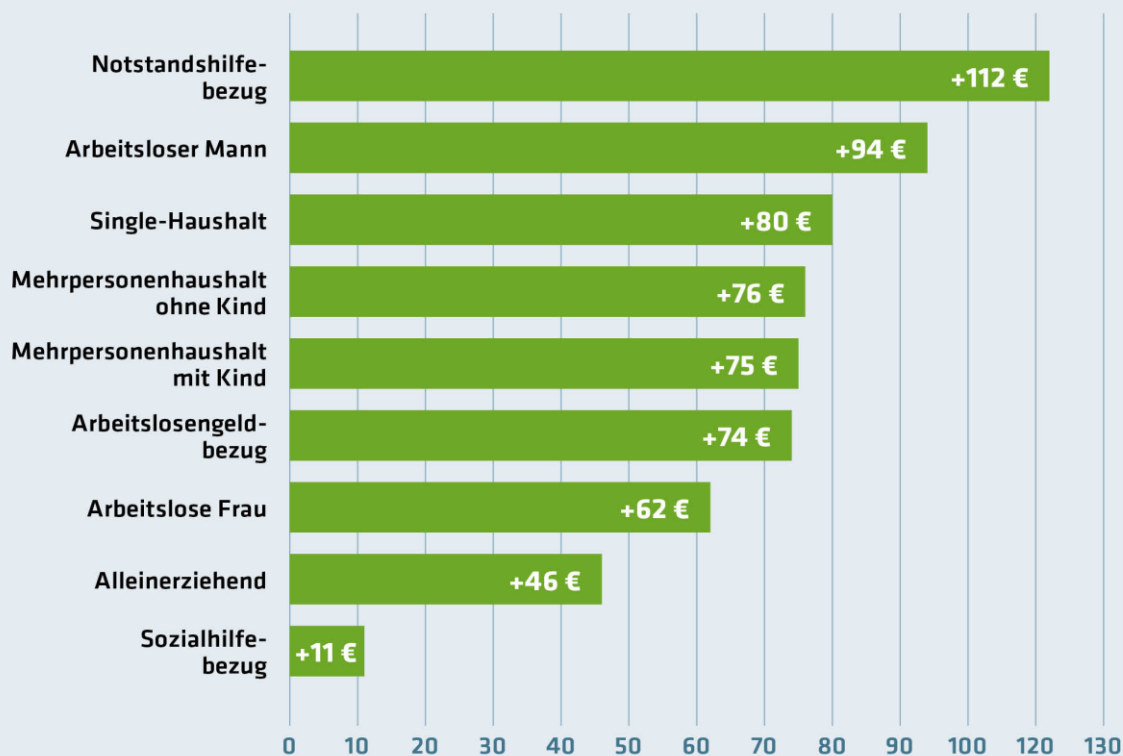
Bei Familien, in denen mindestens eine Person Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung bezieht, gäbe es - je nach Art der sozialen Leistung - ebenfalls große Unterschiede. Haushalte, in denen Arbeitslosengeld die einzige Einnahmequelle ist, bekämen im Schnitt monatlich 74 Euro (2020) dazu. Auch hier spielen das Geschlecht bzw. das Erwerbseinkommen vor der Arbeitslosigkeit eine zentrale Rolle. Arbeitslose Frauen würden lediglich Euro 62 pro Monat, Männer dagegen knapp 100 Euro bekommen. Haushalte mit Notstandshilfe-Bezug - also mit Personen, die länger arbeitslos sind - profitieren am meisten. Sie erhalten bis zu Euro 112 mehr. Angesichts der extrem hohen Zahl an Langzeitarbeitslosen in Österreich ist dieser Effekt von zentraler Bedeutung. Ein degressives (also mit der Zeit sinkendes) Arbeitslosengeld, wie es Minister Kocher plant, würde diesen Effekt konterkarieren.

„Sozialhilfe-Aufstocker/-innen“ profitieren wenig

Haushalte, die zusätzliche Leistungen aus der Sozialhilfe beziehen, würden von der Reform finanziell nur wenig profitieren. Sie bekämen im Schnitt lediglich elf Euro pro Monat dazu. Ursache dafür ist, dass eine Erhöhung des ALG eine Senkung der Sozialhilfe bzw. der Mindestsicherung der Länder zur Folge hätte. Die Reform brächte den Betroffenen aber immerhin mehr Rechtssicherheit, weil sie für das ALG ihr Vermögen nicht verwerten müssen, die Einkommen anderer Haushaltsmitglieder nicht angerechnet werden und sie während des Bezugs Pensionszeiten erwerben. Auch empfinden Betroffene den Bezug der Versicherungsleistung „Arbeitslosengeld“ weniger stigmatisierend, als eine „gnädigerweise“ erhaltene Fürsorgeleistung, nämlich die Sozialhilfe.

Nachstehende Grafik verdeutlicht, welche Haushaltsformen den größten Nutzen aus einer Anhebung der Nettoersatzrate zögen. Insgesamt würden 80 Prozent der arbeitslosen Personen von dieser Erhöhung profitieren, jede fünfte arbeitslose Person allerdings nicht. Deshalb sind neben einer Anhebung der Nettoersatzrate auch weitere Reformen in der Arbeitslosenversicherung bei der Sozialhilfe der Länder und im Sozialhilfe-Grundsatzgesetz nötig.

MONATLICHE ERHÖHUNG DER HAUSHALTSEINKOMMEN DURCH ANHEBUNG DER NETTOERSATZRATE BEIM ALG AUF 70 PROZENT IM JAHR 2020 („COVID-KRISENJAHR“)



AK Grafik; Quelle: Verteilungswirkung und Kosten einer Anhebung der NER des ALG in Österreich, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Jänner 2022, Haushalte mit Arbeitslosenversicherungsleistungen.

Quelle: Verteilungswirkung und Kosten einer Anhebung der NER des ALG in Österreich, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Jänner 2022.

37.300 Armutsgefährdete weniger durch eine ALG-Erhöhung

Die Gewerkschaften und die Arbeiterkammer OÖ haben bereits zu Beginn der Pandemie eine Erhöhung der Nettoersatzrate des ALG gefordert. Mit ihrer Weigerung diesen Vorschlag umzusetzen, hat die Bundesregierung vermeidbare Armut bewusst in Kauf genommen. Wäre die Nettoersatzrate 2020 angehoben worden, wären 37.300 Personen weniger armutsgefährdet gewesen, darunter 6.500 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sowie rund 25.000 Bezieher/-innen von ALG bzw. Notstandshilfe. Die Armutsgefährdungsquote in der Gesamtbevölkerung wäre um 0,4 Prozentpunkte geringer, unter den arbeitslosen Personen sogar um rund drei Prozentpunkte.

Auch wenn durch die vorgeschlagene Erhöhung des ALG Armut nicht völlig vermieden werden kann, ist jeder zusätzliche Euro wichtig, wenn man die Kaufkraft der betroffenen Menschen erhalten und ihnen Zuversicht und eine positive Lebensperspektive geben will. Menschen brauchen

stabile Einkommen, um sich auf die Arbeitssuche konzentrieren zu können, denn es kostet viel Zeit und Energie, ständig um seinen Lebensunterhalt und den der Familie kämpfen zu müssen.

Positive Beschäftigungseffekte und bis zu 14.000 neue Jobs

Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes hätte aber nicht nur positive Auswirkungen auf arbeitslose Menschen, sondern auch einen positiven Wirtschaftsimpuls zur Folge. Da Arbeitslose nahezu ihr gesamtes Einkommen für Dinge des täglichen Lebens ausgeben, profitierten auch andere Wirtschaftsteilnehmer/-innen. Die Studienautoren haben berechnet, welche Beschäftigungseffekte eine solche Reform hätte. Bleibt der Konsumanstieg nachhaltig, so können kurzfristig (in vier Jahren) mehr als 10.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Langfristig – im Lauf von zehn Jahren – sogar bis zu 14.000. Es zeigt sich einmal mehr, dass soziale Verbesserungen auch für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt von großem Vorteil sind. Die Nettokosten der Reform wären mit 656 Millionen Euro (auf Basis 2020) im Vergleich zum hohen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen relativ bescheiden. Neben Armutsvermeidung und Beschäftigungsmotor, würden sich die Länder rund 85 Millionen Euro im Rahmen der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung ersparen und der Staat bekäme bis zu 75 Millionen Euro mehr an Steuereinnahmen.

Tabelle 2: Brutto und Nettokosten durch die Reform im Jahr 2020 („Covid-Krisenjahr“)

	2020
Ausgaben für Arbeitslosengeld	+559 Mio.
Ausgaben für Notstandshilfe	+257 Mio.
Bruttokosten	€ 816 Mio.
Ausgaben für andere Sozialleistungen	-85 Mio.
zusätzliches Steueraufkommen	-75 Mio.
Nettokosten gesamt	€ 656 Mio.

Quelle: Verteilungswirkung und Kosten einer Anhebung der NER des ALG in Österreich, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Jänner 2022.

Anhebung der Nettoersatzrate hat positive Verteilungseffekte

Auch auf die Gesamtbevölkerung betrachtet hätte die Maßnahme eine deutlich progressive Verteilungswirkung, da die unteren Einkommensgruppen, stärker profitierten als die obersten. Im Schnitt würden die beiden einkommenschwächsten Dezile auf Basis der Einkommensdaten im

Jahr 2019 16 Euro zusätzlich pro Monat durch die Reform bekommen. Das dritte Dezil hätte etwas mehr, nämlich Euro 20 pro Monat bekommen. Mit Ausnahme des siebten Dezils sinkt der Einkommensgewinn mit der Höhe der Einkommensgruppe. Gesamtgesellschaftlich würde dadurch die Ungleichheit abnehmen.

Die AK Oberösterreich fordert daher:

- **Eine Anhebung der Nettoersatzrate beim ALG von 55 auf mindestens 70 Prozent**
- **Keinen degressiven Verlauf, also ein Absenken des ALG mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit**
 - Davon wären vor allem Langzeitarbeitslose negativ betroffen, die gerade mit längerer Dauer der Arbeitslosigkeit mehr staatliche Transfers benötigen, weil ihre Ersparnisse schon längst aufgebraucht sind.
- **Verbesserungen für Menschen mit ALG-Grundbetrag unter dem Ausgleichzulagenrichtsatz**
 - Erhöhung der Begrenzung von ALG + Ergänzungsbetrag von derzeit 60 auf 80 Prozent des täglichen Nettoeinkommens für Arbeitslose ohne Familienzuschlag und von 80 auf 90 Prozent für Arbeitslose mit Familienzuschlag.
- **Die Erhöhung des Familienzuschlags auf zwei Euro täglich**
 - Der Familienzuschlag wurde seit mehr als 20 Jahren nicht erhöht! Er muss daher sofort für Kinder bzw. Lebenspartner/-innen von 0,97 Euro auf zwei Euro täglich angehoben werden. In Österreich sind rund 118.800 Kinder in Haushalten mit mindestens einer arbeitslosen Person armutsgefährdet.
- **Eine generelle Valorisierung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe**
 - Das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe müssen jährlich an die Inflation angepasst werden, damit die Kaufkraft der arbeitslosen Menschen erhalten bleibt.
- **Verbesserungen im Bereich der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung der Länder**
 - Eine Erhöhung des ALG kommt Sozialhilfebeziehern/-innen nur gering bzw. gar nicht zu Gute, weil das Haushaltseinkommen mit der Höhe der Sozialhilfe begrenzt ist. Die Sozialhilfe muss daher armutsfest gemacht werden. Die Richtsätze sollen an die Armutsgefährdungsschwelle in der Höhe von Euro 1.328 monatlich (netto, zwölf Mal im Jahr) herangeführt werden.
- **Arbeitslosigkeit bekämpfen, Beschäftigungsprogramme forcieren und Qualifizierung fördern, damit die Arbeitnehmer/-innen auf dem Arbeitsmarkt gestärkt werden.**

[Die gesamte Studie finden Sie hier](#)